

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 19. Juni 2023
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

P 1101 Postulat Estermann Rahel namens der Kommission Erziehung, Bildung und Kultur (EBKK) über eine verstärkte Thematisierung von psychischer Gesundheit auf der Sekundarstufe 1 / Bildungs- und Kulturdepartement i. V. mit Gesundheits- und Sozialdepartement

Antrag Angela Lüthold: Abtraktandierung des Postulats.

Angela Lüthold: Die Stellungnahme des Regierungsrates zum Postulat P 1101 wurde dem Kantonsrat am 15. Juni 2023 zugestellt. Die Fraktionssitzungen fanden am 14. Juni 2023 statt, die Unterlagen auf dem mobilen Sitzungsmanagement standen ab dann zur Verfügung. Ich möchte nicht kleinlich sein und habe volles Verständnis dafür, dass die beiden Geschäfte zusammen behandelt werden sollen. Aber es gibt gewisse Regeln, die eingehalten werden sollten. Die Traktandenliste ist spätestens am zehnten Tag vor der Session mit allen dazugehörigen Unterlagen allen Mitgliedern zuzustellen. Ich verweise auf die §§ 35 und 38 der Geschäftsordnung des Kantonsrates (GOKR). In § 36 des Kantonsratsgesetzes ist explizit aufgeführt, dass die Unterlagen mit der Traktandenliste zusammen vorliegen müssen. Das ist in diesem Fall nicht geschehen. Mit dem Aufschalten des Postulats ist es nicht erledigt, da die Stellungnahme der Regierung nach Meinung der SVP-Fraktion zu spät zugestellt wurde. Insbesondere in Anbetracht der sehr hohen Geschäftslast von alten und neuen Geschäften ist es unverständlich, dass wir dieses Geschäft unbedingt abhandeln sollen, ohne dass die Stellungnahme der Regierung vorgelegen ist. Mir ist klar, dass die Kommissionsvorstösse abgehandelt werden müssen. Aber wie sieht es aus, wenn wir Anträge zu spät einreichen? Auch wir haben uns an die Regeln zu halten. Deshalb ist es mir wichtig, dass sich auch die Behörden an die Regeln halten müssen. Aus diesen Gründen haben wir den Abtraktandierungsantrag gestellt. Ich bitte Sie im Namen der SVP-Fraktion, den Antrag zu unterstützen und die Beratung auf einen späteren Zeitpunkt zu verlegen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 80 zu 27 Stimmen ab.

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.

Monika Schnydrig beantragt Ablehnung.

Die EBKK hält mehrheitlich am Postulat fest.

Für die Kommission Erziehung, Bildung und Kultur (EBKK) spricht Kommissionspräsidentin Karin Andrea Stadelmann.

Karin Andrea Stadelmann: Der Ablehnungsantrag ist der EBKK nicht vorgelegen.

Monika Schnydrig: Die SVP-Fraktion ist ebenfalls begeistert, wenn sich junge Menschen politisch engagieren. Ich habe ebenfalls an der Jugendsession teilgenommen. Wie immer, wenn Leute zusammenkommen, äussern sich die einen, und die anderen hören lieber zu. Schlussendlich wurde das Thema mittels einer Abstimmung gewählt. Auch wir sehen die gestiegene psychische Belastung von Kindern und Jugendlichen und unterstützen daher das Anliegen des Jugendparlaments, genau hinzuschauen und nach Möglichkeit zu handeln. Die

Stellungnahme der Regierung zeigt gut auf, dass in dieser Richtung schon viel unternommen wird. Am Untergymnasium gewährleisten die Lehrpläne seit dem Schuljahr 2019/2020 die Durchlässigkeit der Volksschule zum Langzeitgymnasium mit dem Lehrplan 21. Entsprechend ist die eigene Gesundheit auch Teil der Lehrpläne am Gymnasium. Für die Umsetzung am Gymnasium sind die Schulleitungen verantwortlich. Zusammengefasst kann gesagt werden, dass die Luzerner Schulen dem Thema der psychischen Gesundheit auf der Sekundarstufe I bereits grosse Beachtung schenken. Die Forderung nach kantonalen Vorgaben zu Thementagen oder Themenwochen können wir nicht unterstützen. In der zweiten Oberstufe steht jeweils die schulärztliche Untersuchung an. In den von den Jugendlichen vorgängig ausgefüllten Fragebogen steht oft nicht das, was Kinderärzte vorher in jahrelanger Begleitung der Familie erlebt haben. Wie sollen Jugendliche in einer Projektwoche in Plenen usw. offen über ihre Probleme sprechen, wenn es ihnen nicht einmal möglich ist, sich in einem anonymen Fragebogen dazu zu äussern? Die wirklichen Probleme werden in einer solchen Projektwoche oder an Thementagen nicht angesprochen. Zudem brauchen Kinder oder Menschen mit psychischen Problemen eine gute psychologische oder psychiatrische Betreuung. Im Moment liegen die Wartezeiten dazu aber bei sechs Monaten oder mehr. Als Prophylaxe wird dieses Instrument nicht dienlich sein. Eine bedarfsgerechte Unterstützung aber, so wie in der Stellungnahme des Regierungsrates ausführlich beschrieben, unterstützen wir selbstverständlich sehr. Aus den genannten Gründen lehnen wir das Kommissionspostulat ab.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die Erheblicherklärung der teilweisen Erheblicherklärung mit 76 zu 32 Stimmen vor. In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat das Postulat mit 82 zu 28 Stimmen erheblich.